

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DFS/SK



Grossratsgeschäftsnummer: 24 / BS 13 / 149
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DFS/SK

Bericht der GFK-Subkommission DFS/SK zur Geschäftsprüfung 2024

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK

Präsident: Gabriel Macedo, Amriswil
Mitglieder: Maja Brühlmann Zwahlen, Sulgen
Hans Feuz, Altnau
Marcel Wittwer, Schocherswil

Geschäftsbericht 2024 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2024

Allgemeines zum Departement und zur Staatskanzlei

Staatskanzlei

Die Rechnung der Staatskanzlei schliesst bei einem Aufwand von Fr. 24'814'834 und einem Ertrag von Fr. 12'915'750 mit einem Verlust von Fr. 11'899'084 ab. Das Rechnungsergebnis ist damit rund Fr. 650'000 besser als budgetiert. Diese Abweichung ist vor allem auf geringere Ausgaben bei den Informatikumlagen in den Zentralen Diensten zurückzuführen. Im Informatikbereich kam es zu einer Zurückstellung diverser Projekte, darunter das elektronische Amtsblatt. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Aufwand im Jahr 2024 um Fr. 3'004'440, während der Ertrag nur um Fr. 399'193 höher liegt als noch im Vorjahr. Der höhere Aufwand kommt insbesondere von der Verschiebung der Finanzkontrolle vom DFS zur Staatskanzlei per 01.01.2024.

Am 1. Juni 2024 hat die neue Legislatur 2024-2028 begonnen. Das Geschäftsjahr 2024 stand aus Sicht der Staatskanzlei im Zeichen des Abschlusses der nationalen und kantonalen Gesamterneuerungswahlen 2023/2024 und der Erarbeitung der neuen Regierungsrichtlinien Thurgau 2024-2028.

Insgesamt hat die Mitarbeiterfluktuation im Vergleich zu den Jahren 2022 und 2023 stark abgenommen. Die Personalsituation hat sich konsolidiert.

Departement für Finanzen und Soziales

Die Rechnung des DFS schliesst bei einem Aufwand von Fr. 1'187'058'043 und einem Ertrag von Fr. 1'766'508'207 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 579'450'164 ab. Das Rechnungsergebnis ist damit rund Fr. 5'700'000 schlechter als budgetiert. Gegenüber der Rechnung im Vorjahr steigt der Aufwand um Fr. 72'294'628 und der Ertrag um Fr. 38'204'696.

Ämterbesuche 2025

Die Subkommission DFS/SK hat folgende Ämter besucht:

- Finanzkontrolle

2/15

- Finanzverwaltung
- Sozialamt Kt. TG
- Amt für Gesundheit

Die Subkommission dankt den Amtsleitungen der vier besuchten Ämter für die sehr detaillierten und aufschlussreichen Informationen sowie den ausgesprochen freundlichen Empfang.

Die Subkommission konnte vier gut geführte Amtsstellen besuchen, die mit hoher Fachkompetenz, engagierten Mitarbeitenden und funktionierenden Prozessen arbeiten. Gleichzeitig zeigen sich überall zunehmende Herausforderungen – sowohl strukturell als auch personell und organisatorisch.

Im Einzelnen kann auf Grund der Ämterbesuche Folgendes berichtet werden:

a) Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle präsentierte sich als modern organisiertes Amt mit gut eingespieltem Team und weitgehend digitalisierten Prüfprozessen. Die Einführung neuer IT-Tools sowie der teamorientierte Prüfansatz wurden positiv hervorgehoben. Herausforderungen bestehen vor allem bei der Ressourcenknappheit, insbesondere im Bereich der IT- und Finanzaufsichtsprüfungen, da die aufwändige Abschlussprüfung der Staatsrechnung einen überproportionalen Aufwand erfordert. Die Einführung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes und HRM2 erhöht zudem die Komplexität der Prüfungen. Im Grundsatz ist die Zusammenarbeit mit den Ämtern gut. Vereinzelt Spannungen entstehen durch divergierende Sichtweisen oder unterschiedliche fachliche Voraussetzungen. Die Prüfarbeit der FIKO erfolgt transparent, partizipativ und mit hoher fachlicher Qualität, doch mangelt es häufig an Zeitfenstern zur Prüfung im offiziellen Abschlussprozess. Personell ist die Situation angespannt, eine Stelle ist vakant, und der Bedarf für zusätzliche IT-Prüfressourcen ist ausgewiesen. Die FIKO wäre bereit, ihre Prüfkompetenz künftig auch stärker zur Effizienzsteigerung der Verwaltung einzubringen.

b) Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung präsentierte sich beim Ämterbesuch als gut strukturiertes Amt mit hoher Fachkompetenz. Positiv hervorgehoben wurden die Einführung des revidierten Finanzhaushaltsgesetzes sowie die erfolgreiche Umsetzung aller Budgetanträge für 2025. Herausfordernd sind die Umsetzung der neuen Anlagebuchhaltung, die schwierige finanzielle Lage des Kantons sowie die Einhaltung des Haushaltsgleichgewichts. Die Einführung von Abacus HR ist abgeschlossen, während das ERP-System für Finanzen mittelfristig ersetzt werden muss. Personell ist die Lage stabil und die Rekrutierung verläuft problemlos. Im Controlling stellt die Finanzverwaltung als Servicestelle strukturierte Auswertungen bereit, wünscht sich aber mehr Digitalisierung zur Effizienzsteigerung. Die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern wird als gut und dienstleistungsorientiert beschrieben.

c) Sozialamt

Das Sozialamt präsentierte sich als breit aufgestellte Organisation mit engagierten Mitarbeitenden und hoher Aufgabenvielfalt. Der Amtsleitungswechsel verlief reibungslos

und mehrere Projekte wie die Einführung des neuen Behindertengesetzes (FLEMBG) oder die Weiterentwicklung der Abrechnungssoftware ASBB wurden erfolgreich umgesetzt. Herausforderungen bestehen insbesondere im Asylbereich, wo hohe Fallzahlen, Unsicherheiten zum Schutzstatus S sowie lange Bearbeitungszeiten auf Bundesebene grosse Flexibilität verlangen. Im Moment erfordert die Zusammenarbeit mit der Peregrina-Stiftung besondere Aufmerksamkeit. In der Sozialhilfe nimmt die Komplexität der Fälle zu, die Ressourcen in Gemeinden und Kanton sind stark gefordert. Die Fluktuation ist tief, offene Stellen gibt es aktuell keine.

d) Amt für Gesundheit

Der Ämterbesuch zeigte ein gut organisiertes und engagiertes Amt mit klaren Zuständigkeiten. Positiv hervorgehoben wurden die IVR-Anerkennung der Sanitätsnotrufzentrale sowie der Abschluss der Administrativuntersuchung Clenia. Herausforderungen bestehen insbesondere bei der Umsetzung von EFAS, im Bereich der Digitalisierung sowie bei der Bewältigung des steigenden Arbeitsvolumens im Zusammenhang mit Berufsausübungs- und Betriebsbewilligungen. Die personelle Situation ist in mehreren Fachbereichen solide, in anderen jedoch knapp, etwa in der Versorgungsplanung. Auch der steigende Bedarf an Pflegeheimplätzen, die Zunahme pflegender Angehöriger und die Medikamentenversorgung bleiben zentrale und aktuelle Themen. Die Spitalplanung ist aktuell, wird jedoch durch nationale Entwicklungen und demografischen Wandel zunehmend komplex. Trotz Stellenkürzungen und Sparmassnahmen gelingt dem Amt ein stabiler Betrieb, wobei die Digitalisierung und Prozessoptimierung weiter vorangetrieben werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

Räte

Die Räte schliessen das Geschäftsjahr 2024 Fr. 194'324 unter Budget ab. Die Differenzen sind hauptsächlich beim Grossen Rat angefallen. Zum einen wurde das Informatikbudget sowie das Budget für Dienstleistungen Dritter unterschritten.

1000 Regierungsrat

Im Jahr 2024 hielt der Regierungsrat 41 ordentliche Sitzungen ab, darunter eine auswärtige Sitzung in Münchwilen mit anschliessendem öffentlichem Apéro. Es wurden insgesamt 849 Regierungsratsbeschlüsse gefällt (Vorjahr: 775), ergänzt durch 1'115 Korrespondenzen. In 21 Regierungsseminaren wurden strategische Themen wie Europapolitik, Klimamassnahmen, Digitalisierung und das KJFG behandelt. Zudem fanden fünf Workshops mit der Generalsekretärin und den Generalsekretären zur Budgetplanung 2025 und zum Personalwesen statt.

Der Austausch mit Thurgauer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier wurde im Rahmen von vier Treffen gepflegt. Weitere Gespräche wurden mit verschiedenen kantonalen und regionalen Institutionen sowie Vertretungen aus Wirtschaft, Bildung, Gesundheit und Gemeinden geführt. Die Praxis bezirksweiser Austausche mit Stadt- und Gemeindepräsidien wurde fortgeführt.

Im Bereich der Aussenbeziehungen standen Treffen mit den Regierungen der Nachbarkantone, den Ostschweizer Kantonen sowie internationalen Gästen (u. a. Botschaft-

ter/innen aus den Niederlanden, Österreich und Kasachstan) im Fokus. Der Regierungsrat empfing zudem Delegationen aus Freiburg i. Br. und Neuenburg und war zu einem Arbeitstreffen im Landkreis Konstanz eingeladen.

Am 31. Mai 2024 schieden die Regierungsrätinnen Monika Knill (DEK) und Cornelia Komposch (DJS) aus der Regierung aus. Am 1. Juni 2024 traten Denise Neuweiler (DEK) und Sonja Wiesmann Schätzle (DJS) ihre Nachfolge an. Die Regierungsmitglieder engagierten sich in verschiedenen Verwaltungsorganen, wobei allfällige Verwaltungshonorare in die Staatskasse flossen.

1100 Grosser Rat

Im Berichtsjahr fanden 20 Grossratssitzungen statt, je zehn im Rathaus Frauenfeld und in Weinfelden, sieben davon ganztägig. Ein Mitglied trat zurück. Insgesamt wurden im Jahr 2024 103 Vorstösse erledigt, während 103 Vorstösse neu eingereicht wurden (2023: 113).

Der Grosse Rat verabschiedete unter anderem zwei neue Gesetze (Solidaritätsbeitrag für Medikamententest-Betroffene und Finanzierung von Leistungen für erwachsene Menschen mit Behinderung) sowie zahlreiche Gesetzesrevisionen, darunter im Steuer-, Gesundheits- und Bauwesen. Gegen die Änderung des Steuergesetzes betreffend Abschaffung der Liegenschaftensteuer wurde das Behördenreferendum ergriffen. Weiter behandelte der Grosse Rat die kantonale Volksinitiative «Thurgauer Solarinitiative», wobei er die Initiative abgelehnt und dem abgeänderten Gegenvorschlag zugestimmt hat. Das Initiativkomitee hat im Nachgang zur Debatte im Grossen Rat die Volksinitiative zurückgezogen.

Weiter genehmigte der Grosse Rat einen Nachtragskredit zur Erhöhung des Globalbudgets 2024 der Steuerverwaltung, die Teilrevision des Kantonalen Richtplans und den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die BVG- und Stiftungsaufsicht.

Ferner hat der Grosse Rat das Leitbild Wirtschaftsstandort Thurgau, das Konzept zur Neuausrichtung der Denkmalpflege, die Biodiversitätsstrategie Thurgau und den Massnahmenplan Biodiversität 2023–2028, den Bildungsbericht Thurgau 2023, das Rahmenkonzept für die Bereiche Wohnen und Arbeiten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Kanton Thurgau, die Finanzstrategie 2024–2030 sowie den Finanz- und Aufgabenplan 2026–2028 beraten.

Der Aufwand des Grossen Rates belief sich auf 2.29 Mio. Franken, was 6.3 % unter dem Budget liegt. Gleichzeitig stieg der Aufwand gegenüber dem Vorjahr um rund 13 %, insbesondere infolge höherer Sitzungsgelder (Erhöhung ab Mai 2024) und zahlreicher ganztägiger Sitzungen. Einsparungen ergaben sich u. a. durch den Wegfall externer Dienstleistungen (Eigenbetreuung des Abstimmungssystems) und einem Investitionsstopps bei Informatiksystemen im Zuge der Ausschreibung für ein Dokumenten- und Informationsmanagementsystem (DIMS).

2100 Staatskanzlei Zentrale Dienste

Der Leistungsauftrag der Staatskanzlei wurde im Berichtsjahr insgesamt erfüllt. Viele Ziele im Rahmen der Regierungsrichtlinien Thurgau 2020–2024 konnten umgesetzt werden. Die Staatskanzlei schloss das Jahr mit einer Budgetunterschreitung von rund 560'000 Franken ab, hauptsächlich aufgrund tieferer Ausgaben im Bereich Informatik. Mehrere IT-Projekte wurden zurückgestellt oder günstiger als geplant umgesetzt, etwa beim elektronischen Staatskalender oder dem Ergebnisermittlungssystem VOTING.

Die Parlamentsdienste organisierten 20 Grossratssitzungen mit 130 Traktanden, 102 Kommissionssitzungen, mehrere Sitzungen des Büros und Fraktionspräsidien sowie verschiedene Anlässe. Aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle wurden Pensen vorübergehend aufgestockt und ein Pool für Protokollführerinnen im Stundenlohn eingerichtet. Im Zuge der Revision der Geschäftsordnung wurden verschiedene strukturelle Anpassungen vorgenommen, darunter die Schaffung einer neuen Kommission für Klima, Umwelt und Energie sowie eine Verlängerung der Amtsdauer der Mitglieder des Büros des Grossen Rates. Sitzungsgelder und Entschädigungen wurden moderat erhöht. Digital wurden mit der Einführung der automatisierten Protokollierungssoftware mediaparl sowie dem Projektstart eines neuen Dokumenten- und Informationsmanagementsystems (DIMS) zwei wesentliche Weiterentwicklungen lanciert.

Die Regierungskanzlei unterstützte 849 Regierungsratsbeschlüsse und koordinierte verschiedenste Anlässe und Eingaben, darunter die kantonale Solarinitiative, mehrere Petitionen sowie die Ausarbeitung der neuen Regierungsrichtlinien 2024–2028. Die Zuständigkeit für Wahlen und Abstimmungen wurde im Laufe des Jahres an den Rechtsdienst übertragen.

Der Rechtsdienst war im Bereich Gesetzgebung, Rechtspflege und politischer Rechte stark gefordert. Er betreute diverse Verfahren, koordinierte das E-Voting für Auslandsschweizerinnen und -schweizer und trieb dessen Weiterentwicklung zusammen mit anderen Kantonen voran. Die Verwaltung von interkantonalen Vereinbarungen wurde durch neue Softwarelösungen professionalisiert und die rechtliche Publikationstätigkeit wurde weitergeführt.

Die Dienststelle für Kommunikation unterstützte den Regierungsrat mit 31 Medienkonferenzen, rund 250 beantworteten Medienanfragen und 390 Mitteilungen. Die Zahl der Follower auf den Social-Media-Kanälen stieg deutlich, insbesondere auf Instagram, wo der Kanal nach einem Hackerangriff neu aufgebaut wurde. Daneben wurden 32 Videos erstellt und mehrere Publikationen aktualisiert. Die Dienststelle war zudem für die mediale Begleitung der Erneuerungswahlen und den Betrieb des Wahlzentrums zuständig.

Die Dienststelle für Statistik publizierte zwölf Newsletter, sechs Statistische Mitteilungen sowie das «Statistische Jahrbuch 2024». Die Datenangebote auf statistik.tg.ch und im Themenatlas wurden laufend aktualisiert. Im Rahmen von Open Government Data standen Ende 2024 insgesamt 342 Datensätze zur Verfügung. Zusätzlich wurden mehrere nationale Erhebungen betreut und statistische Dienstleistungen für Ämter und Öffentlichkeit erbracht.

Die Dienststelle für Aussenbeziehungen begleitete die Mitarbeit des Regierungsrates in nationalen und internationalen Gremien wie KdK, ORK, IBK und Metropolitankonferenz Zürich. Sie koordinierte den Auftritt des Kantons in der strategischen Zusammenarbeit mit den Ostschweizer Kantonen und organisierte verschiedene hochrangige Anlässe, u. a. mit diplomatischen Vertretungen aus dem Ausland sowie mit dem Bundesparlament.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale

Im Rahmen der Umsetzung der Regierungsrichtlinien 2020–2024 wurden die Zielsetzungen im Bereich der Nachhaltigkeit erfüllt, insbesondere in der Beschaffung, der Arbeitsplatzgestaltung und bei Ausschreibungen. Die BLDZ konnte ihren Leistungsauftrag mehrheitlich erfüllen und wichtige Digitalisierungsschritte umsetzen, etwa die Einführung der elektronischen Kreditorenvisierung und Kontierung.

Die Erfolgsrechnung 2024 der BLDZ schloss mit einem Aufwand von rund 16.6 Mio. Franken und einem Ertrag von 12.7 Mio. Franken ab. Damit liegt der Aufwand knapp 3 % unter dem Budget, während der Ertrag rund 4 % darunter blieb. Das Defizit fiel mit 3.92 Mio. Franken leicht höher aus als budgetiert. Die grössten Abweichungen entstanden in den Bereichen Büromaterial, Lehrmittel, Büro- und Medientechnik sowie Post, insbesondere aufgrund gestiegener Portokosten und höherer Einschreibevolumen.

Im Bereich Büromaterial zeigte sich ein rückläufiger Papierverbrauch bei gleichbleibendem Sortiment. Die Büro- und Medientechnik verzeichnete tiefere Kosten als im Vorjahr, unter anderem durch weniger Farbkopien und die kostenfreie Bereitstellung technischer Services für Gerichte. Im Bereich Drucksachen konnte der Aufwand durch verstärkte Digitalisierung und reduzierte Auflagen deutlich gesenkt werden. Die Arbeiten am digitalen Corporate-Design-Manual wurden aus Ressourcengründen zurückgestellt.

Der Lehrmittelbereich blieb unter den Ertragserwartungen, auch wegen geringerer Margen bei digitalen Produkten. Bei den Büroeinrichtungen wurde weiterhin auf den Einsatz von Mobiliar aus dem Kreislaufwirtschaftslager gesetzt. Die Möblierung für das Verwaltungsgebäude Vorstadt wurde vorbereitet, wobei Kosten durch Standardisierungen reduziert werden konnten. Im Bereich Post stiegen Aufwand und Versandvolumen erneut an – insbesondere bei Einschreiben, A-Post Plus und Betreibungsurkunden.

Die Investitionsrechnung wies Ausgaben von rund 260'000 Franken auf. Diese betrafen insbesondere die Ersatzmöblierung für Schulzimmer am Bildungszentrum für Wirtschaft sowie die Möblierung des Ergänzungsbaus des Regierungsgebäudes. Aufgrund der Projektverzögerung wurde ein Grossteil des bewilligten Objektkredits noch nicht ausgeschöpft, da die Rechnungsstellung erst ab 2025 erfolgen kann.

7010 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat des DFS schloss das Jahr 2024 mit einem Aufwand von rund 1.32 Mio. Franken ab und blieb damit leicht unter Budget. Die Erträge lagen mit 440'125 Franken deutlich über den Erwartungen, was primär auf die stark gestiegene Anzahl an Gesuchen für Berufs- und Betriebsbewilligungen im Gesundheitsbereich zurückzuführen

ren ist. Der Kostendeckungsgrad lag bei 33 % und damit höher als budgetiert. Eine Investitionsrechnung war nicht erforderlich.

Im Bereich der Rechtsprechung stieg die Zahl der Neueingänge weiter auf 273 Fälle (Vorjahr: 244), insbesondere im Bereich Steuerbefreiung und Gesundheit. Die Zahl der offenen Verfahren erhöhte sich entsprechend auf 67. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer konnte bei erstinstanzlichen Verfahren zu 91 % eingehalten werden, bei Rekursen jedoch nur zu 45 %. Die Einnahmen aus Gebühren stiegen aufgrund der erhöhten Fallzahlen, etwa bei der Abrechnung im Rahmen der obligatorischen Krankenversicherung.

Die Geschäftslast im Bereich parlamentarische Vorstösse, Vernehmlassungen und Mitberichte blieb auf hohem Niveau. Es wurden 37 Vorstösse bearbeitet (Vorjahr: 40), 50 Vernehmlassungen begleitet und 70 Mitberichte erstellt. Die Abteilung unterstützte zudem den Departementschef bei der Vorbereitung und Finalisierung von über 275 Regierungsratsgeschäften.

In der Rechtsetzung wurden eine Vielzahl an Gesetzes- und Verordnungsrevisionen bearbeitet, unter anderem im Steuerrecht, Sozialhilferecht, Gesundheitsrecht sowie im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesgesetzes über Gesundheitsberufe. Der Bedarf an juristischer Unterstützung insbesondere durch Ämter ohne eigenen Rechtsdienst nahm weiter zu.

Im Bereich Digitale Verwaltung wurden konkrete Projekte umgesetzt, etwa die Digitalisierung der Antragsverfahren für Berufsausübungsbewilligungen im Gesundheitswesen. Auch koordinierte das Generalsekretariat die Überprüfung kantonaler Leistungsvereinbarungen im Rahmen der Finanzstrategie 2024–2030 und übernahm weiterhin die Scharnierfunktion gegenüber dem Verein «Projekte für den Thurgau», der für die Umsetzung des Volksentscheids über den Kantonalbank-Erlös verantwortlich ist.

Die Produktgruppe Departementsdienste war durch die Intensivierung des Departementscontrollings sowie die Umsetzung digitaler Projekte leicht höher belastet als im Vorjahr, blieb jedoch im Budgetrahmen. In den Bereichen Kommissionen, Arbeitsgruppen und Projekte war der Aufwand moderat und entsprach weitgehend der Planung.

Die Leistungsindikatoren wurden überwiegend erfüllt. Einzig bei den Rekursverfahren konnte die angestrebte Bearbeitungsfrist von 16 Wochen nicht in allen Fällen eingehalten werden. Die übrigen Tätigkeitsbereiche wurden im Rahmen der Zielsetzungen erfolgreich bearbeitet.

7110-7120 Personalamt

Das Personalamt konnte das Globalbudget 2024 nahezu punktgenau einhalten. Die Aufwände lagen leicht unter Budget, während die Erträge insbesondere im Weiterbildungsbereich deutlich hinter den Erwartungen zurückblieben. Der Kostendeckungsgrad betrug 5 %. Die hohe Auslastung des Personalamts blieb bestehen, insbesondere in den Bereichen Beratung, Case Management, Personalrecht sowie durch die Mitwirkung an zentralen Projekten wie der Einführung des neuen Personalinformationssystems Ab-

acus und Digitalisierungsinitiativen. Die Anzahl Case-Management-Fälle erreichte mit 109 Neuanmeldungen einen neuen Höchststand, wobei die Begleitungen durch hohe Komplexität und längere Verläufe geprägt waren. Die Personalfluktuationsrate ohne Pensionierungen stieg leicht auf 9.2 % (Vorjahr: 8.3 %), was als weiterhin hoch bezeichnet werden muss.

Im HR-Bereich blieb die Zahl der Ausschreibungen auf hohem Niveau. Die Besetzung von Kader- und Fachstellen gestaltete sich weiterhin anspruchsvoll. In der Personalentwicklung wurden verstärkt Schulungen zur Fachkompetenz angeboten, insbesondere zu neuen Themen wie Künstlicher Intelligenz. Das neue Beurteilungssystem mit einer feineren Bewertungsskala wurde flächendeckend angewendet und zeigte tendenziell bessere Resultate. Im Bereich HR IT wurde erstmals der Personalbudgetprozess vollständig digital über Abacus abgewickelt.

Im Nicht-Globalbudget stiegen die allgemeinen Personalkosten deutlich an. Wesentliche Gründe dafür waren Rückstellungen für Ferienguthaben (5 Mio. Franken), höhere Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse sowie gestiegene Ruhegehälter aufgrund zweier Regierungsrücktritte.

Die im Budget eingeplante pauschale Personalkostenreduktion von 6 Mio. Franken konnte vollumfänglich umgesetzt werden. Die Pauschalreduktion deckt Fluktuationsgewinne und in geringerem Umfang andere unvorhergesehene Reduktionen bei den Personalkosten in den einzelnen Ämtern ab. Inwieweit sie umgesetzt werden kann, ist deshalb nur auf Konzernstufe mit dem gesamten Personalaufwand ersichtlich. Nach Abzug der ausserordentlichen Effekte beim Personalaufwand (Rückstellungen Verpflichtungen gegenüber Personal von 5.1 Mio. Franken und höheren Ausgaben für Lehrpersonen von 3.4 Mio. Franken) hat der Personalaufwand das Budget um 1.6 Mio. Franken unterschritten.

7250 Finanzkontrolle

Die Jahresrechnung 2024 der Finanzkontrolle schloss mit einem Aufwand von rund 2 Mio. Franken ab und lag damit rund 10 % unter dem Budget. Gleichzeitig wurden Mehreinnahmen erzielt, was zu einem um rund 218'000 Franken besseren Ergebnis als budgetiert führte. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf unbesetzte Stellen sowie eine zurückhaltende Projektumsetzung zurückzuführen.

Der Bereich Revisionen bildete den Schwerpunkt der Tätigkeit. Die Reduktion an geleisteten Revisionsleistungen im Vergleich zum Vorjahr (rund 78 Revisionstage weniger) ist einerseits auf personelle Engpässe, andererseits auf den wachsenden Aufwand für die Kontrolle steuerbefreiter Institutionen zurückzuführen. Der Arbeitsmarkt erweist sich in diesem Bereich als herausfordernd; qualifizierte Fachkräfte sind schwer zu finden, weshalb offene Stellen oft über längere Zeit nicht besetzt werden können. Als Folge wurden interne Projekte zurückgestellt und externe Dienstleistungen zur Qualitätssicherung beigezogen. Positiv hervorzuheben ist die durchgehend hohe Qualität der Arbeit auch unter erschwerten Bedingungen.

Die Finanzkontrolle führte im Berichtsjahr Revisionsmandate bei 15 öffentlich-rechtlichen und privaten Organisationen durch, darunter die Pädagogische Hochschule Thurgau, die Peregrina Stiftung und die Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht. Die Prüfungen deckten sämtliche Departemente, die Gerichte und externe Institutionen ab. Insgesamt wurden 1'214 Revisionstage geleistet.

Im Bereich der steuerbefreiten Institutionen ist ein anhaltender Zuwachs an Dossiers zu verzeichnen. Im Jahr 2024 wurden 522 Fälle geprüft, der Pendenzenrückstand der Vorjahre konnte weitgehend abgebaut werden. Komplexe Einzelfälle erforderten zusätzlichen Aufwand und führten in mehreren Fällen zu Aufhebungsgesuchen. Trotz dieser Belastung konnten alle mit der Steuerverwaltung und dem Departement für Finanzen und Soziales (DFS) abgestimmten Fristen eingehalten werden.

Die gesetzten Leistungsindikatoren wurden sämtlich erfüllt. So wurde beispielsweise kein Rückstand zur Revisionsplanung festgestellt, die Revisionsberichte wurden innert durchschnittlich 19 Tagen nach Abschluss erstellt, und die Kontrollberichte an das DFS termingerecht übermittelt.

7310-7360 Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung blickt im Jahr 2024 auf ein insgesamt erfreuliches Ergebnis zurück, das insbesondere von der Umsetzung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) und der Harmonisierung mit dem HRM2-Standard geprägt war. Mit dem per 1. Januar 2024 in Kraft gesetzten Gesetz sowie der dazugehörigen Verordnung und dem neuen Rechnungswesen-Handbuch wurden zentrale Grundlagen für eine moderne und gesetzeskonforme Rechnungsführung geschaffen.

Das Globalbudget konnte mit einem Aufwand von 3.03 Mio. Franken praktisch im Rahmen gehalten werden (Abweichung -0.2 %), während die Einnahmen mit 1.53 Mio. Franken deutlich über dem Budget lagen (+19 %). Dadurch reduzierte sich das budgetierte Defizit um über 213'000 Franken (-12.2 %). Die Kostendeckung betrug 50 % (Vorjahr: 54 %).

Inhaltlich war das Berichtsjahr geprägt durch wichtige Digitalisierungsfortschritte, etwa im Bereich Budgetplanung (u. a. im Personalbereich über Abacus), im Zahlungsverkehr (neues Multibanking-Tool) und durch Vorbereitungen zur elektronischen Kreditorenverarbeitung. Auch die Einführung und Umsetzung der neuen HRM2-konformen Kontenpläne sowie der Umbau der Bilanz waren zentrale Themen.

Die Produktgruppe Finanz- und Rechnungswesen erreichte mit 1.41 Mio. Franken Aufwand und 1.39 Mio. Franken Ertrag eine nahezu ausgeglichene Bilanz. Die Produktgruppe Lohnverarbeitung konnte Effizienzgewinne erzielen, u. a. durch elektronische Taggeldverarbeitung. Der Personalaufwand lag leicht über Budget, wurde aber durch tiefere Sachaufwände kompensiert.

Im Bereich der nicht globalbudgetierten Konten war vor allem der deutlich über Budget liegende Zinsertrag (+737'000 Fr.) aufgrund günstiger Zinsverhältnisse und effizienter Liquiditätssteuerung bemerkenswert. Demgegenüber blieb die Dividende der Thurmed

10/15

AG rund 2.4 Mio. Franken unter den Erwartungen, und die SNB schüttete 2024 keine Erträge aus, was eine Auflösung aus der Schwankungsreserve erforderlich machte.

Die Spezialfinanzierung LSVA wurde um rund 333'000 Franken gestärkt, da bestimmte Infrastrukturprojekte günstiger oder verzögert realisiert wurden (u. a. BehiG-konforme Bushaltestellen). Der Finanzausgleich an die Gemeinden bewegte sich mit einer Nettoauszahlung von 13.4 Mio. Franken im Rahmen des Budgets, wobei gleichzeitig 8.2 Mio. Franken durch Abschöpfungen refinanziert wurden.

In der Investitionsrechnung fiel ein einmaliger Aufwand von 2.14 Mio. Franken auf: Zwei Parzellen in Amriswil, die seit Jahren vom Strassenverkehrsamt genutzt werden, wurden nachträglich korrekt dem Verwaltungsvermögen zugewiesen. Diese Widmung korrigiert einen Fehler aus der Umstellung auf HRM1 im Jahr 2012.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Es wurde bereits mehrfach festgestellt, dass das bestehende IKS nicht mehr den Anforderungen einer modernen und komplexen Verwaltung entspricht.

Die geltenden Richtlinien zum IKS stammen aus dem Jahr 2015. Die Umsetzung müsste grundsätzlich dezentral in den Departementen erfolgen; die Koordination liegt bei der Finanzverwaltung. Hilfsmittel wie Risikomatrix und Checklisten stehen zur Verfügung, eine zentrale Kontrolle oder strukturierter Erfahrungsaustausch finden jedoch nicht statt. Schulungen werden derzeit nicht angeboten, da das System überarbeitet wird.

Auf Grundlage eines externen Prüfberichts der BDO AG sowie den Einschätzungen der Finanzkontrolle hat der Regierungsrat am 7. März 2023 die schrittweise Erneuerung des IKS beschlossen. Diese erfolgt im Zusammenhang mit der Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und soll ab 2025 in mehreren Etappen umgesetzt werden. Ziel ist ein schlankes, digital unterstütztes IKS, das als Führungsinstrument eingesetzt werden kann. Die Evaluation und Beschaffung einer Standardsoftware ist vorgesehen; ein entsprechender Projektauftrag soll bis spätestens Sommer 2025 vorliegen.

Die geplante Erneuerung des IKS wird von der GFK als notwendiger Schritt erachtet, um sowohl den Anforderungen an die finanzielle Steuerung als auch den operativen Bedürfnissen der kantonalen Verwaltung besser gerecht zu werden.

7410-7440 Steuerverwaltung

Die Steuerverwaltung des Kantons Thurgau schloss das Jahr 2024 im Globalbudget mit einem Aufwand von 30.2 Mio. Franken um 8.8 % unter Budget ab. Der Minderaufwand ist insbesondere auf nicht sofort besetzte Stellen nach einem Nachtragskredit sowie auf tiefere Personal- und Sachkosten zurückzuführen. Die Erträge fielen mit 1.4 Mio. Franken hingegen deutlich tiefer aus als budgetiert (-40.3 %), was primär auf konservative Verbuchungsvorgaben der Finanzkontrolle und eine Neugliederung der Ertragskonti zurückzuführen ist. Der Kostendeckungsgrad sank entsprechend auf 5 % (Vorjahr: 9 %).

Der Gesamtsteuerertrag (inkl. nicht-globalbudgetierte Konten) entwickelte sich positiv: Die ordentlichen Staatssteuern stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4.1 % auf 754 Mio.

11/15

Franken. Die Verrechnungssteuer (27.4 Mio. Fr.) und die direkte Bundessteuer (394.2 Mio. Fr.) schlossen deutlich über Budget ab. Der Anstieg des kantonalen Anteils an der Bundessteuer resultiert aus dem Bevölkerungs- und Unternehmenswachstum. Die Spezialsteuern fielen insgesamt tiefer aus, was insbesondere auf tiefere Erbschafts- und Schenkungssteuererträge zurückzuführen ist.

Trotz struktureller Herausforderungen konnte die Veranlagung juristischer Personen mit einer Veranlagungsquote von 63.4 % (Ziel: 65 %) auf einem akzeptablen Niveau gehalten werden. Die Anzahl steuerpflichtiger juristischer Personen stieg erneut. Bei natürlichen Personen hingegen sank die Veranlagungsquote auf 24.2 % (Ziel: 70 %), was auf mehrere Faktoren zurückzuführen ist: stark steigende Fallzahlen, Fluktuation, vakante Stellen, Rückstände aus Vorperioden und technische Einschränkungen. Der Grosse Rat bewilligte per 1. September 2024 zusätzliche 28.8 Vollzeitstellen zur Stabilisierung und perspektivischen Verbesserung der Situation.

Die Einnahmen aus Grundstückgewinn- und Liegenschaftssteuern blieben aufgrund hoher Immobilienpreise erfreulich. Im Bereich Steuerbezug und -vollzug wurden die Mahn- und Betreibungstätigkeiten intensiv weitergeführt, wobei die Zahl der Rechtsöffnungen deutlich zurückging. Die Zahl strafloser Selbstanzeigen sank weiter und liegt nun auf tiefem Niveau.

Trotz Herausforderungen zeigt der Geschäftsverlauf 2024 eine insgesamt solide und kontrollierte Steuerertragssituation. Die Steuerverwaltung hat – gestützt auf zusätzliche Ressourcen und mit grossem Einsatz – wichtige Grundlagen geschaffen, um mittelfristig wieder die Zielvorgaben bei den Veranlagungen zu erreichen. Der Erfolg der kommenden Jahre wird wesentlich von der nachhaltigen Umsetzung dieser Massnahmen und von weiteren Prozessoptimierungen abhängig sein.

7510-7518 Sozialamt

Im Jahr 2024 war das Sozialamt insbesondere durch die Herausforderungen im Asyl- und Sozialhilfebereich sowie durch die Weiterentwicklung der Behindertenhilfe gefordert. Der Gesamtaufwand im Globalbudget belief sich auf 32.3 Mio. Franken und lag damit 5.2 Mio. Franken (19.2 %) über dem Budget. Gleichzeitig konnten die Erträge um 7.5 Mio. Franken (44.3 %) übertroffen werden, was zu einem um 2.2 Mio. Franken besseren Nettoergebnis führte als budgetiert. Der Kostendeckungsgrad erhöhte sich entsprechend auf 75 % (Vorjahr: 71 %).

Im Asylbereich stieg der Aufwand infolge leicht höherer Bestände und der komplexen Betreuungssituation (z. B. UMA und Nothilfeunterkünfte). Die gleichzeitig deutlich höheren Bundespauschalen kompensierten einen Grossteil dieses Mehraufwandes. Der Bestand an Personen mit Schutzstatus S bewegte sich 2024 zwischen 2'050 und 2'150 Personen. Die Belegung der Durchgangsheime sank im Jahresverlauf leicht, während der Bestand an Personen in Gemeindebetreuung weiter stieg. Dies führte zu einem Überschuss von rund 1.1 Mio. Franken beim Schutzstatus S-Programm. Auch im Bereich Sozialhilfe nahmen die betreuten Personen leicht zu, es fanden aber keine Observationen statt.

12/15

Im Bereich der Behindertenhilfe stiegen die Betriebsbeiträge gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Mio. Franken, hauptsächlich aufgrund eines höheren Betreuungsbedarfs, eines wachsenden Bevölkerungsanteils mit Unterstützungsbedarf und einer Verschiebung in betreuungsintensivere Tagesstrukturen. Die Umsetzung des neuen Gesetzes über die Finanzierung von Leistungen für erwachsene Menschen mit Behinderung (FLEMBG) per 1. Januar 2025 wurde im Berichtsjahr vorbereitet und begleitet.

Im Bereich Investitionen wurden mit 4.8 Mio. Franken rund 1.9 Mio. Franken weniger als budgetiert ausgegeben. Mehrere geplante Projekte – etwa Bauvorhaben oder Umnutzungen – verzögerten sich oder wurden neu terminiert (z. B. Projekte mit den Stiftungen Andante, Brüggli oder Peregrina). Gleichzeitig konnten andere, nicht budgetierte Vorhaben realisiert oder fortgeführt werden, etwa Brandschutzmassnahmen bei der Stiftung Mansio.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und der Peregrina Stiftung zeigt sich im operativen Bereich weitgehend eingespielt. Die Stiftung erfüllt ihre Aufgaben in der Betreuung und Integration geflüchteter Personen zuverlässig. Herausforderungen bestehen punktuell auf der strategischen Ebene. Bei einzelnen Projekten – wie etwa der Immobilienstrategie oder der Erstintegration in Durchgangsheimen – kam es zu Verzögerungen oder Klärungsbedarf hinsichtlich der Umsetzung und Qualität. Um die Zusammenarbeit weiter zu stärken, wurden für 2025 gemeinsame Projektsitzungen sowie thematische Workshops vereinbart, welche zur besseren Steuerung und Koordination beitragen sollen.

Insgesamt zeigt sich ein dynamisches Jahr mit erheblichen Veränderungen, geprägt durch operative Anpassungen an volatile Rahmenbedingungen und den gleichzeitigen Aufbau neuer gesetzlicher Grundlagen. Die Zielerreichung in den einzelnen Aufgabengebieten wurde trotz hoher Belastung und anspruchsvollen Entwicklungen im Asyl- und Behindertenbereich insgesamt gut bewältigt. Der Sozialbereich bleibt auch mittelfristig ein strategisches Kernfeld mit besonderem Koordinationsbedarf zwischen Kanton, Gemeinden und Bund.

7530-7555 Amt für Gesundheit / Kantonsapotheker / Kantonsarzt

Das Amt für Gesundheit schliesst das Jahr 2024 mit einem gegenüber Budget um rund Fr. 116'000 verbesserten Ergebnis ab. Der Aufwand im Globalbudget liegt mit Fr. 7.88 Mio. leicht unter Budget, während auch die Erträge mit Fr. 2.31 Mio. leicht zurückblieben. Die Kostenentwicklung blieb insgesamt stabil, wobei in mehreren Produktgruppen markante Verschiebungen zu beobachten waren. Im Bereich der Gesundheitsförderung und Pflege kam es durch Projektverzögerungen und einen zurückgestellten Programmstart zu tieferen Ausgaben. Gleichzeitig stiegen im Bereich Kantonsärztlicher Dienst die Erträge deutlich an – unter anderem durch eine starke Zunahme von Bewilligungen infolge neuer gesetzlicher Vorgaben.

In der Gesundheitsversorgung stiegen insbesondere die Beiträge an Spitäler, Pflegeheime und ambulante Dienste. Bei der stationären Pflege zeigte sich ein signifikanter Anstieg aufgrund höherer Pflegestufen und Pflegetage. Das Brustkrebsscreening er-

reichte mit knapp 9'900 Mammografien einen neuen Höchststand. Bei der Umsetzung der Pflegeinitiative wurden zwei Handlungsfelder aus finanziellen Gründen zurückgestellt, während das Förderprogramm für Pflegeausbildungen erfolgreich startete. Im Bereich der ärztlichen Grundversorgung wurde das neue Hausarztcurriculum etabliert und gut angenommen.

Trotz starker Auslastung konnten die kantonalen Planungs- und Aufsichtspflichten grösstenteils erfüllt werden. Die Zahl der ausgestellten Berufs- und Betriebsbewilligungen stieg erneut markant, insbesondere bei Pflegeberufen und medizinischen Einrichtungen. Die Spitalfinanzierung entwickelte sich je nach Versorgungsbereich unterschiedlich: In der Akutsomatik und Psychiatrie stiegen die Kosten weiter, während sie in der Rehabilitation rückläufig waren. Auch ausserkantonale Leistungen wurden häufiger beansprucht, insbesondere im Bereich Kindermedizin.

Im Bereich Notfall und Rettung blieb die Anzahl Einsätze auf hohem Niveau. Die neue strukturierte Abfrage der Sanitätsnotrufzentrale wurde erfolgreich eingeführt. Der Interventionsstandard gemäss IVR konnte dank Optimierungen eingehalten werden.

Die Investitionsrechnung fällt mit Fr. 407'000 deutlich höher aus als budgetiert, bedingt durch rückwirkend verbuchte Einnahmen sowie Verzögerungen bei geplanten Ausgaben. Das Schutzmaterialkonzept KataVo wurde noch nicht finalisiert.

Insgesamt zeigt sich das Amt gut aufgestellt und bewältigte die komplexen Anforderungen des Jahres 2024 erfolgreich. Herausforderungen bestehen weiterhin in der nachhaltigen Finanzierung, insbesondere im Hinblick auf die steigenden Pflegekosten und die Umsetzung nationaler Reformen.

7580 Kantonales Laboratorium

Das Kantonale Laboratorium schliesst das Rechnungsjahr 2024 mit einem Aufwand von Fr. 5.24 Mio. ab und liegt damit deutlich unter dem Budget (-6.7 %). Der Ertrag konnte mit Fr. 699'899 leicht übertroffen werden (+3.9 %), was zu einem um Fr. 341'000 verbesserten Ergebnis gegenüber dem Budget führt. Die Unterschreitung ist in erster Linie auf Vakanzen und krankheitsbedingte Ausfälle zurückzuführen, wodurch geplante Projekte, insbesondere im Bereich Geräteersatz, nur eingeschränkt umgesetzt wurden. Gleichzeitig verursachten dringliche Reparaturen und priorisierte Massnahmen im Bereich Lebensmittelsicherheit zusätzliche Aufwendungen.

Im Zentrum der Tätigkeit standen umfangreiche Untersuchungen zur Lebensmittelsicherheit, unter anderem zu Schimmelpilzgiften, Pflanzenschutzmittelrückständen und Hygiene in Lebensmittelbetrieben. Besonders hervorzuheben ist der Fall eines Hefebetriebs, bei dem Listerien nachgewiesen wurden. In der Folge wurde eine amtlich angeordnete Endproduktkontrolle etabliert. Die mikrobiologischen Untersuchungen zeigten bei 13 % der 1'919 analysierten Lebensmittelproben Beanstandungen, darunter ein gravierender Fall mit Prosciutto cotto. Auch bei Milchmischgetränken aus Automaten traten häufig hygienische Mängel auf. Insgesamt wurden 941 Betriebe inspiziert, wobei die Beanstandungsquote je nach Kategorie zwischen 25 % und 77 % lag.

Im Trinkwasserbereich wurden rund 4'200 Proben analysiert. Die Qualität des Thurgauer Trinkwassers wurde erneut als sehr gut bewertet. Auch die Badewasserqualität war durchwegs einwandfrei, was sich in der internationalen Sichtbarkeit zeigt. Im Bereich Duschwasser wurden im Rahmen gezielter Kampagnen keine schwerwiegenden Legionellenprobleme festgestellt.

Die Chemikalienkontrolle fokussierte 2024 auf verbotene Inhaltsstoffe wie APEOs und borhaltige Produkte. Bei der Kontrolle von Sicherheitsdatenblättern zeigte sich weiterhin eine hohe Beanstandungsquote, insbesondere bei fehlenden produktspezifischen Informationen. Der Aufwand in diesem Bereich blieb hoch, auch wenn die risikobasierten Inspektionsziele infolge Personalwechsels nur teilweise erfüllt werden konnten.

7631-7637 Sozialversicherungszentrum

Das SVZ war auch im Jahr 2024 mit einem hohen Leistungs- und Fallaufkommen konfrontiert. Die Gesamtausgaben stiegen in verschiedenen Bereichen erneut an, wobei insbesondere die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV eine zentrale Rolle spielten. Die Nettoaussgaben für Ergänzungsleistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rund 3.7 Millionen Franken auf über 100 Millionen Franken (+3.8 %). Hauptgrund dafür war ein Anstieg der Neuanmeldungen um 8.4 %, was im Wesentlichen auf die demografische Entwicklung und die zunehmende Zahl AHV-berechtigter Personen zurückzuführen ist. Auch die Anzahl der Gesuche zur Übernahme von Krankheits- und Behindernungskosten nahm um gut 3 % zu; die verarbeiteten Rechnungspositionen stiegen sogar um 14.4 %.

Im Bereich der Alters- und Hinterlassenenversicherung mussten 2024 Minimalbeiträge in Höhe von knapp 600'000 Franken übernommen werden. Die Zunahme um rund 16.5 % gegenüber dem Vorjahr ist auf eine erhöhte Anzahl Erlassgesuche, insbesondere auch von anerkannten Flüchtlingen, zurückzuführen.

Die Familienzulagen in der Landwirtschaft verursachten Ausgaben in der Höhe von rund 1.5 Millionen Franken und lagen damit 11.3 % unter dem Budgetwert. Die im Vorjahr verbuchten Bundesanteile an den Einnahmen entfielen im Berichtsjahr, was das Ergebnis zusätzlich beeinflusste. Ein positiver Saldo konnte hingegen bei den Familienzulagen für Nichterwerbstätige erzielt werden: Der Einnahmenüberschuss belief sich auf rund 1.1 Millionen Franken, finanziert durch Zuschläge auf AHV-Beiträge.

Auch bei der Pflegefinanzierung war ein Ausgabenanstieg um 6.75 % auf knapp 59 Millionen Franken zu verzeichnen. Die individuelle Prämienverbilligung wurde an rund 61'500 berechnete Personen ausbezahlt. Das Gesamtvolumen belief sich auf rund 169.7 Millionen Franken – eine Zunahme um über 13 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr.

Die kantonale Familienausgleichskasse wies trotz leicht rückläufiger Anzahl an Bezugsberechtigten einen Einnahmenüberschuss von 4.8 Millionen Franken aus. Auch bei den Selbständigerwerbenden konnten die Beiträge die ausgerichteten Zulagen übersteigen.

Im Bereich der Invalidenversicherung war ein Anstieg bei Neuanmeldungen (+6.6 %) sowie bei den Leistungsbezügen festzustellen. Die Bearbeitungszahlen stiegen erneut, insbesondere bei der Frühintervention und bei Integrationsmassnahmen. Die Zahl pendenden IV-Erstanmeldungen lag Ende Jahr bei über 3'000. Die Revisionstätigkeit sowie der Rechtspflegebereich konnten trotz wachsender Fallzahlen stabil gehalten werden, die Einspracheverfahren wurden weiterhin innert nützlicher Frist erledigt. Die externe Revision durch die BDO AG attestierte eine ordnungsgemässe Buchführung und fachgerechte Leistungserbringung.

Insgesamt zeigt sich, dass das SVZ die wachsenden Herausforderungen aufgrund der demografischen Entwicklung, steigender Gesuchszahlen und zunehmender Anspruchskomplexität mit grossem Einsatz bewältigt hat.

Tätigkeitsbericht 2024, Datenschutzbeauftragter Kanton Thurgau

Der Tätigkeitsbericht 2024 des Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten des Kantons Thurgau zeigt, dass der Schwerpunkt der Tätigkeit weiterhin klar im Bereich Datenschutz liegt. Der Beratungsaufwand war auch im vergangenen Jahr hoch und nahm nochmals leicht zu. Gleichzeitig wurden verstärkt Kontrollen bei kantonalen und kommunalen Stellen durchgeführt. Im Bereich des Öffentlichkeitsprinzips ist hingegen ein Rückgang der Anfragen zu verzeichnen – ein Hinweis darauf, dass sich die neuen gesetzlichen Regelungen zunehmend etabliert haben und die Behörden sowie die Öffentlichkeit besser mit ihnen umgehen können.

2024 wurden insgesamt 512 Anfragen bearbeitet (455 zum Datenschutz, 57 zum Öffentlichkeitsprinzip).

Trotz hoher Auslastung wurden mehrere Kontrollen durchgeführt. Beanstandet wurden u. a. fehlerhafte Berufsbezeichnungen im Staatskalender, unzulässige Videoeinwilligungen in einer Klinik, ungesicherter Versand von Lohnabrechnungen und sensible Steuerdaten per E-Mail sowie der Kameraeinsatz in Spitälern.

Zudem nahm der Beauftragte an zehn Vernehmlassungen teil – etwa zur Schengen-Datenschutz-Evaluierung 2025, zu Mobility Pricing und zur Revision des kantonalen Datenschutzgesetzes.

Amriswil, 10. Juni 2025

Der Subkommissionspräsident:
Gabriel Macedo, Amriswil